



 22.01.2013 – PM 4/2013

Eröffnung von Beratungsstelle für Wanderarbeiter in Mainz

IG BAU fordert dauerhafte öffentliche Hilfen für Beratungen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Europa- und Bundespolitik auf, Wanderarbeiter besser vor Ausbeutung zu schützen. Viel zu wenige Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten kennen ihre Rechte in Deutschland. „Unseriöse Arbeitgeber nutzen die Sprachprobleme der Beschäftigten schamlos aus. Sie können sich hierzulande nur unzureichend über die Mindestregelungen informieren. Damit sind sie auf die oft falschen Informationen der Arbeitgeber angewiesen. Diese haben dank der Wissenslücken leichtes Spiel die Löhne zu drücken“, stellte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel anlässlich der Eröffnung der Beratungsstelle des Europäischen Vereins für Wanderarbeiter (EVW) in Mainz fest. Ziel der Beratung ist es, Wanderarbeiter in ihrer Muttersprache über ihre Rechte hierzulande aufzuklären. In Rheinland-Pfalz arbeiten vor allem in der Landwirtschaft viele Saisonkräfte aus Osteuropa.

„Mit der Freizügigkeit ist leider auch eine neue Variante der Lohnklaverei entstanden. Es gibt Entsendefirmen, deren Geschäftsmodell ausschließlich darin besteht, möglichst billige Arbeiter zu beschaffen. Die Angeworbenen werden falsch oder gar nicht über ihre Ansprüche informiert und erhalten für ihre harte Arbeit nur Hungerlöhne“, sagte Wiesehügel, der zugleich EVW-Vorstand ist. „Von dem Wenigen werden dann oft noch unrechtmäßig Kosten für Transport, Unterkunft und Verpflegung abgezogen, so dass den Menschen am Ende fast nichts von ihrem Verdienst bleibt.“

Die IG BAU hat bereits in mehreren osteuropäischen Sprachen Aufklärungsbroschüren aufgelegt und beteiligt sich über ihre Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung an der Finanzierung des Projekts. Dies ist jedoch zusätzlich auf staatliche Unterstützung angewiesen.



Bundesmittel oder Gelder des Europäischen Sozialfonds gibt es für das Mainzer Beratungsangebot nicht. Die IG BAU fordert Bund und EU auf, sich mit Fördermitteln dauerhaft an dieser Beratungsstelle zu beteiligen. „Es sollte selbstverständlich sein, dass die öffentliche Hand, die alle erdenklichen Beratungen für ausländische Unternehmen in Deutschland unterstützt, sich ebenfalls an Beratungsleistungen für ausländische Arbeitnehmer beteiligt“, sagte WieseHügel.

(2221 Zeichen)